

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterpostgebühren „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,00 M., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 925.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Seite oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 1.

Montag, den 3. Januar 1916.

23. Jahrg.

Das Kriegsjahr 1915.

Von Richard Gädke, früherer Oberst.

Die Tage des Jahresendes waren diesmal nicht ganz so von schweren Kämpfen erfüllt wie vor einem Jahre; aber geschwiegen hat der Schlachtenlärm nirgends, überall hat er auch diesmal neue Opfer gefordert. Die verhältnismäßige Ruhe dieser Tage wird bald wieder neuen Stürmen weichen und aufs neue werden Millionen von Kämpfern mit Erbitterung um den endgültigen Sieg ringen.

Mit einem Trost dürfen wir das Jahr 1915 verlassen; es hat unseren Waffen große Siege gebracht, hat unsere Grenzen weit hin gesichert, unser Land, im wesentlichen das der verbündeten Donaumonarchie, vom Feinde befreit und unser Heer nach Ost und Südost weit hineingeführt in feindliches Land. Ein kurzer Ueberblick über die wichtigsten Ereignisse, die den Verlauf dieses zweiten Kriegsjahres begleitet haben, wird uns die Fortschritte in das Gedächtnis zurufen, die wir seit zwölf Monaten gemacht haben. Im Winter 1914/15 mußte zunächst eine große organisatorische Arbeit geleistet werden, um den Rahmen unseres Heeres zu erweitern. Die große Zahl derer, die im Frieden nicht gedient hatten, wurde in seine Reihen aufgenommen, die Zahl der Einheiten vermehrt, die Möglichkeit geschaffen, neue festgefügte Armeen ins Feld zu führen. Auch die dienstpflichtigen Mannschaften, deren körperliche Rüstigkeit für den Kampfdienst nicht genügte, fanden in besonderen Truppenteilen hinter der Front Gelegenheit für ebenso notwendige und ebenso verdienstvolle Arbeit. Bataillone und Batterien zogen aus dem Schoße des männerreichen Landes in reicher Fülle hervor. Ähnliches gilt von dem Heere unseres verbündeten Oesterreich-Ungarn. So wurden beide zusammen stark genug, die Scharen der anscheinend übermächtigen Gegner siegreich zu bestehen, sie aus unseren Grenzen zu jagen, wo sie eingedrungen waren, und ihren Heeren die schwersten Verluste zuzufügen. Der Abgang an Toten, Verwundeten, Kranken und gefangenen Soldaten schwoll in den verfloffenen zwölf Monaten bei unseren Gegnern außerordentlich viel höher als bei uns. Ihr größerer Menschenreichtum wurde auch dadurch, zum Teil wenigstens ausgeglichen.

Vom 7. bis 15. Februar wurde durch eine überraschend verammelte neue deutsche Armee unter der obersten Leitung Hindenburgs der schmale Grenzraum Ostpreußens befreit, der den Russen gegen Ende des Jahres 1914 allmählich wieder hatte überlassen werden müssen. Die neue X. russische Armee wurde zwischen Grenze und Njemen eingekreist und in dem Forst von Augustow nahezu vernichtet. Inzwischen eilten andere deutsche Kräfte unseren Verbündeten im Süden zu Hilfe, befreiten Ungarn von den eindringenden Russen und warfen diese fast völlig über den Karpathentamm zurück, während ein neu aufgestelltes österreichisch-ungarisches Heer die Bukowina von ihnen befreite. Dann setzten freilich heftige Gegenangriffe der allmählich verstärkten Russen ein, die nach der Bezwingung Przemysl durch Hunger (22. März) ihren blutigen Höhepunkt in den juchenden Njemenstürmen fanden. Sie haben hier Hunderttausende von Menschen in den Schneeverwehungen, von eisigen Winden umtobten Bergen der Karpathen liegen lassen, ohne die Front der Verbündeten durchstoßen zu können. Die großen Angriffe, die der französische Oberfeldherr Joffre am 16. Februar in der Champagne, am 5. April zwischen Maas und Mosel gegen die deutschen Stellungen begann und durch Wochen mit großer Zähigkeit fortsetzte, brachten ihnen keine sichtbare Entlastung.

Im Gegenteil! Übermats verammelte sich ein deutsches Heer, diesmal unter Mackens, überraschend im Westzipfel Galiziens, brach am 1. Mai los, überschritt den Dunajec und schlug die Russen an folgenden Tagen bei Tarnow und Gorlica, es zertrümmerte die 3. und 8. Armee der Russen, warf alle eilig herangeholten Verstärkungen über den Haufen und drang nun, mit allen in den Karpathen stehenden Heeren der Mittelmächte vereint, vom Westen und Süden gegen die immer weiter weichenden Russen vor. Am 2. Juli wurde Przemysl im Sturm zurückerobert, am 22. zog der österreichische Feldherr v. Böhm-Ermolli in die befreite Landeshauptstadt Lemberg ein.

Obwohl inzwischen Italien seinen Verrat an den Mittelmächten vollzogen und Oesterreich am 23. Mai den Krieg erklärt hatte, blieben die Verbündeten stark genug, ihren Siegeszug gegen Rußland fortzusetzen. Um die Mitte Juli begann die bisher größte Operation von acht deutschen und österreichisch-ungarischen Heeren, die in drei Gruppen gegliedert waren, gegen die in Polen stehende Hauptmacht der Russen, vom Süden, Westen und Norden her. Unter schwersten Verlusten gelang es diesen, sich, ostwärts Raum gebend, dem Vernichtungsschlage gerade noch zu entziehen. Am 4. August fielen die Festungen Warschau und Zwangorod, am 17. und 19. August wurde die starke Festung Kowno am Njemen erobert, am 20. Romogiorgiewsk erobert, am 26. Bialostok besetzt und vom 1. bis 3. September wurde auch die Festung Grodno im Straßenkampfe genommen. Ihr unaufhaltbarer Siegeszug führte die Deutschen im Norden bis vor die Linie Plesk-Dünaburg über Wilna und Kowno hinaus nach Osten, und im Südosten bis in das wolhynische Festungsgebiet Zug-

Rowno-Dubno und gegen den Bereich. Nur ein schmaler Streifen von Ostgalizien blieb noch in den Händen der Russen.

Die erneuten Angriffe Joffres bei Lille und Arras, bei La Bassée, Givenchy, auf der Loretohöhe, die vom 9. Mai an einsetzten und durch die Engländer des Marschalls French unterstützt wurden, konnten ebensowenig Erfolge erringen wie die zweimaligen Stürme der italienischen Armee gegen die heldenmütig verteidigte Isonzifront, die vom Ende Juni bis Ende Juli dauerten. Die westlichen und südwestlichen Fronten der Mittelmächte erwiesen sich als unüberwindlich.

Inzwischen hatten die türkischen Bundesgenossen die Dardanellen gegen alle Angriffe zu Wasser und zu Lande erfolgreich verteidigt. Allerdings gelang es den Engländern und Franzosen, am 25. Mai an zwei Punkten der Halbinsel festen Fuß zu fassen und am 8. August in der Suvla-Bai weiter nördlich nochmals fünf Divisionen zu landen. Aber alle Angriffe gegen die türkischen Höhenstellungen, gegen die die Entente nacheinander gegen 500 000 Mann eingesetzt hatte, blieben vergeblich. Die Engländer allein haben hier bis zur Mitte Dezember 200 000 Mann verloren und mußten sich am 19. Dezember entziehen, den größten Teil ihres Heeres wieder einzuschiffen und nur noch die südliche Felsen-ede der Halbinsel bei Seddil-Bahr besetzt zu halten.

Ende September war die Lage für die Mittelmächte so günstig geworden, daß sie daran gehen konnten, Serbien zu unterwerfen, daß den äußeren Anlaß zu diesem juchbaren Kriege gegeben hatte. Im Vertrauen auf ihre größere Stärke schloß sich Bulgarien ihnen an. Am 6. Oktober begann der Donaubergang zweier deutsch-österreichischer Heere unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Mackens, am 9. fiel Belgrad, am 14. drang ein bulgarisches Heer vom Osten vor, während ein anderes durch Mazedonien auf Pristina sich wendete, und in einem Zeitraum von kaum zwei Monaten war das serbische Heer zertrümmert, etwa 150 000 Gejangene in den Händen der Verbündeten. Nur zerstreute Reste

retteten sich nach Albanien an die Küste, ohne Gejühre, ohne Schießbedarf, ohne Verpflegung. Frankreich und England, die vergeblich versuchten, Griechenland mit sich fortzureißen, sahen unglücklich dem Untergange ihres Bundesgenossen zu. Als es zu spät war, verammelten sie langsam, unter Bruch der griechischen Neutralität, ein Heer am Saloniki, das vom 2. bis 14. Dezember von den Bulgaren in Süd-mazedonien zu beiden Seiten des Wardar geschlagen wurde und eiligst über die griechische Grenze zurückwich.

Auch General Joffre konnte durch seinen gewaltigen Durchbruchversuch in der Champagne und im Artois, der am 25. September begann und bis zur Mitte Oktober in einzelnen Vorstößen nachluderte, ebensowenig Einfluß auf den Gang der Dinge im Südosten gewinnen, wie die Italiener durch ihren dritten und vierten Angriff auf die Isonzifront, der vom 7. Oktober an den ganzen Oktober und November erfüllte und trotz großer Ueberlegenheit mit schweren Verlusten scheiterte. Das gleiche gilt von der Wiederaufnahme der Offensive durch die russische Heeresgruppe Iwanow in Wolhynien und Ostgalizien gegen Strz und Strypa, die nach einigen Anfangserfolgen Ende Oktober endgültig abgewiesen war. Auch die drohende Verammaltung russischer Streitkräfte in Bekarabien hat die Lage auf dem Balkan nicht berührt.

Den militärischen Erfolgen des Viererbandes der Mittelmächte entsprach ein erheblicher Landgewinn; etwa 420 000 Quadratkilometer belgischen, französischen, russischen und serbischen Landes sind von ihnen besetzt. Die Königreiche Belgien und Serbien haben vorläufig aufgehört zu bestehen; die englische Einkreisung ist geiprengt.

Gewiß hat sich also die Lage seit Jahresfrist wesentlich zu unseren Gunsten geändert, und wir stehen gegenwärtig als die Stärkeren da. Nur müssen wir uns bewußt bleiben, daß ein entscheidender Schlag noch nirgends geschehen ist; so weit wir gehen können, rüsten unsere Gegner mit aller Kraft, den Krieg fortzusetzen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Das neue Jahr ist auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen wieder durch Kanonendonner eingeleitet worden. Nachdem auf dem westlichen Kriegsschauplatz am 30. Dezember Ostende von feindlichen Fliegern bombardiert und bei Hulluch den Engländern ein vorgeschobener Graben entrissen worden war, herrschte hier am letzten Tage des alten Jahres verhältnismäßig Ruhe. Am 1. Januar konnte der bei Hulluch erzielte Erfolg vergrößert werden, indem deutsche Truppen nach erfolgreicher Sprengung den Trichter besetzten. Südlich des Hartmannsweilerkopfes wurde ein feindlicher Graben erobert. In der Neujahrsnacht versuchten die Engländer, in deutsche Stellungen nordöstlich von Armentieres einzudringen; an der Wachsamkeit der deutschen Truppen scheiterte jedoch dieser Versuch.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz dauern die erbitterten Kämpfe an der Strypa und der bekarabischen Front an. Immer wieder greifen die Russen hier mit starken Kräften an. Harte, schwere Kämpfe sind hier anzusehen und es ist nur freudig zu begrüßen, daß die österreichisch-ungarischen Truppen hier so tapfer standhalten und alle Angriffe der Russen zum Scheitern bringen. Wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, dann kann die russische Offensiv hier heute schon als gescheitert angesehen werden.

Der militärische Mitarbeiter der „Bayerischen Nachrichten“ gibt eine Uebersicht über die Kriegslage am Jahres- schluß. Er bemerkt dabei in Bezug auf die Auswärtigen der beiden Kriegsparteien: „Die Heeresleitungen der Entente scheinen nun endlich das tun zu wollen, was schon vor Beginn der Operationen und in jedem Falle bei Beginn des Krieges hätte geschehen sollen: eine Organisation zu schaffen, die das Zusammenarbeiten der verschiedenen Heeresführerstellen soll. Um dazu zu kommen, hat es nahezu ein- einhalb Kriegsjahre gebraucht, und ob der neue „Kriegsrat“ das geeignete Mittel sein wird, ist noch fraglich. Bei den Zentralmächten besteht keine solche allgemein bekannte Organisation. In welcher Weise das tatsächlich stattfindende Zusammenarbeiten der verschiedenen Herren zu- handelekommt, wissen wohl nur wenige Leute. Für die be- teiligten Herren genügt es, daß es stattfindet. Es etwas

Ähnliches bei den Ententemächten überhaupt möglich? Es ist kaum wahrscheinlich, denn die Mehrzahl dieser Staaten kämpft nicht so sehr um ihre Existenz wie die Zentralmächte, die zudem nicht durch wesentliche eigene Interessen getrennt werden. Nach wie vor werden die meisten der Entente- mächte den Krieg in der Hauptache so führen, daß sie mit möglichst geringen Opfern für sich selbst möglichst viel erreichen. Deshalb wird der neugeichaffene Kriegsrat auch nur verhältnismäßig geringen Einfluß auf den Gang der Ereignisse haben, zumal es darin an einer die andern über- ragenden Persönlichkeit zu fehlen scheint die mit napoleonischer Kraft die Leitung an sich reiht und den anderen ihren Willen aufzwingt. Große und energische Entschlüsse werden niemals durch die Abstimmung einer Anzahl von Herren erzielt, deren Alter allein schon zur Bedächtigkeit und Vorsicht führt. So hat es denn den Anschein, als ob nach wie vor die Ententeheere auf einer ganzen Anzahl von Kriegsschauplätzen mehr oder weniger unabhängig von einander kämpfen werden, so daß die unzweifelhaft vorhandene Ueberlegenheit an Zahl und Material nicht zur Geltung gelangen kann. Da- gegen sind nun die Zentralmächte durch den direkten Anschluß an Bulgarien und die Türkei mehr noch als bisher in der Lage, ihre Hauptkraft vom Mittelmeer bis zur Nord- und Ostsee nach Belieben zu verlegen und so trotz tatsächlicher Minderzahl unbestreitbare Erfolge zu erzielen.“

Der Oberbefehlshaber der Ententetruppen in Saloniki hat einen neuen Gewaltakt begangen. Auf seinen Befehl sind die Konsuln der Zentralmächte und ihrer Verbündeten und deren Familien verhaftet und auf ein französisches Kriegs- schiff gebracht worden. Saloniki ist noch immer eine griechische Stadt und deshalb charakterisiert sich das Vor- gehen Sarraills als eines der größten Willkürakten dieses Krie- ges. Die griechische Regierung hat hiergegen härtesten Pro- test erhoben und die Auslieferung der Konsuln verlangt. Ob dieser Protest Erfolg haben wird? Wir bezweifeln das, glau- ben vielmehr, daß die Entente Griechenland mit Absicht in diese Zwidmühlen gebracht hat. Das Land soll mit Gewalt in die Arme der Entente getrieben werden, deshalb ist, wohl auf erneut die Blockade über die griechische Küste abhängig worden.

Die englischen Gewerkschaften werden sich am 6. Januar auf einer nationalen Konferenz mit der Frage der Einführung der Dienstpflicht beschäftigen. Nach holländischen Meldungen wird angenommen, daß der Kongress, auf dem drei Millionen Arbeiter vertreten sein werden, eine starke Rundgebung gegen die Wehrpflicht bringen werden. Schon die Aufnahme, die Hendersons Darlegung des Regierungsstandpunktes bei der Versammlung der Arbeiterführer gefunden hat, läßt bezeichnende Schlüsse auf die Verhandlungen am Donnerstag zu. Wie „Manchester Guardian“ zu berichten weiß, herrschte während und nach den Erklärungen des Arbeitsministers eifriges Schweigen. Die Versammlung sei von sichtbarem Mißtrauen erfüllt gewesen. — Wie zu erwarten war, nehmen auch die Grubenarbeiter einen durchaus ablehnenden Standpunkt ein. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ hat das ausführende Komitee des Grubenarbeiterbundes von Südwales auf einer Versammlung eine Resolution angenommen, die den Regierungsbefehl in scharfen Wendungen verurteilt und die Einberufung einer Konferenz des Allgemeinen Grubenarbeiterverbandes fordert. Der Text der Resolution ist an Henderson telegraphiert worden.

Der Dubliner Korrespondent der „Times“ gibt der allgemein herrschenden Ansicht Ausdruck, wenn er schreibt, daß die Wehrpflicht in Irland nie eingeführt werden dürfte. Der Korrespondent sagte, daß jeder Versuch zur Einführung des Dienstzwanges nicht nur politische Schwierigkeiten, sondern noch „andere bedauerliche Folgen“ haben würde. Aus privaten Meldungen aus Irland geht hervor, daß die irische Arbeiterschaft sich mit allen gesetzlichen Mitteln gegen eine Ausdehnung der Wehrpflicht auf Irland widersetzen wird. Offen wird ausgesprochen, daß sich sehr leicht die Ereignisse aus den Zeiten Parrells — offener Bürgerkrieg — wiederholen könnten.

Bei Kreta wurde ein großer englischer Postdampfer torpediert, bei dem etwa 200 Personen umgekommen sind. Hoffentlich hat dieser Vorfall keine Weiterungen zur Folge. Bezeichnend ist eine aus Kopenhagen kommende Meldung, nach welcher der Aufsicht erregende Artikel im Petersburger „Nesjisch“ in dem sich die Damaabgeordneten der Rechten gegen eine nutzlose Fortsetzung des Krieges erklären, im Auszug auch von der Petersburger Telegraphenagentur verbreitet wurde. Man könnte hieraus optimistische Schlussfolgerungen ziehen; es erscheint uns aber richtiger zunächst weitere Meldungen abzuwarten.

Die Kriegslage.

188. Großes Hauptquartier, 1. Januar. (Amst.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Bei Juchanowitsch weiterhin ein über das Eis der Düna geführter russischer Angriff in südlicher Front.

Fortwährende Jagdpartien und Patrouillen wurden an mehreren Stellen der Front abgegriffen.

Nördlich von Gortomel liegen härtere deutsche und österreichisch-ungarische Erdbebenerschütterungen vor. Sie nahmen eine 20 Meilen gestreckte und letztes nachts in ihre Stellungen griff.

Österreichisch-ungarische Batterien der Armee des Generals Gortomel beteiligten sich, währenddessen flackernd, an der Besetzung russischer Angriffe südlich von Gortomel.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues

Oberste Seeresleitung.

188. Großes Hauptquartier, 2. Januar. (Amst.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Nacht zum 1. Januar wurden mehrere russische U-Boote, in welche Stellung bei Juchanow (nordwestlich von Juchanow) eingeschlagen, zerstört.

Nachdem sich der russische Angriff auf die russische Front im südlichen Teil der Front abgegriffen.

Bei der Eroberung eines russischen Forts südlich des Serbisch-österreichischen Grenzgebietes über 26 Geschossen in russische Hände.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Im südlichen Teil der Front wurden vorübergehende russische Angriffe abgegriffen. Nördlich der Düna wurde es durch den russischen Angriff, nachhergehend bis in russische Stellungen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Seeresleitung.

Wien, 31. Dezember. (Amst.)

Russischer Kriegsschauplatz.

Das Hauptquartier meldet: Ein russischer Angriff auf die russische Front bei Juchanow (nordwestlich von Juchanow) eingeschlagen, zerstört.

Im südlichen Teil der Front wurden vorübergehende russische Angriffe abgegriffen. Nördlich der Düna wurde es durch den russischen Angriff, nachhergehend bis in russische Stellungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im südlichen Teil der Front wurden vorübergehende russische Angriffe abgegriffen. Nördlich der Düna wurde es durch den russischen Angriff, nachhergehend bis in russische Stellungen.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Wien, 1. Januar. (Amst.)

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Schlacht in Ogalizien dauert unverändert an. Das Hauptquartier meldet: Ein russischer Angriff auf die russische Front bei Juchanow (nordwestlich von Juchanow) eingeschlagen, zerstört.

front an der mittleren und unteren Strypa. Im Raum nordöstlich von Buczacz traten kurz nach Mittag die russischen Artilleriemassen in Tätigkeit, deren Feuer bis in die Abendstunden währte, dann ging der Feind zum Angriff über. Seine Kolonnen drangen in zahlreichen Angriffswellen stellenweise vier- bis fünfmal an unsere Drahthindernisse vor, brachen aber immer und überall unter der verheerenden Wirkung unseres Feuers zusammen. In der Nacht zog sich der Gegner, Hunderte von Toten und Schwerverwundeten liegend lassend, in seine 600 bis 1000 Schritt entfernte Ausgangsstellung zurück. Auch die Angriffe, die die Russen bei Jaslowiec südlich von Buczacz und nächst Wierczko am Dnjepr unternahm, erlitten das gleiche Schicksal, wie die an der mittleren Strypa.

An der begrablichen Front verlief der Tag abermals verhältnismäßig ruhig. Die Stellungen der Armee des Generals Grajew u. Balmher an der oberen Strypa und der Seeresgruppe Boehm-Ermoldi an der Iwa standen unter feindlichem Artilleriefeuer. Bei der Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand wurde ein russischer Bataillon zerstreut, das südlich von Bereftian vorübergehende versuchte. Im Sigr-Bug nordöstlich von Gortomel überfielen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen mit Erfolg die feindlichen Vorposten. Bei Kolodia westlich von Kasalowitz schlugen wir einen Angriff ab.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern beschloß die italienische Artillerie neuerdings die Orte Malborgiet und Walsbach. In der Neujahrsnacht unterhielt sie ein besonders lebhaftes Feuer gegen den Col di Vana. Die Lage ist unverändert.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Bei Zpet wurden neuerlich vier von den Serben vergrabene Geschütze eingebracht. An der Tara Geplänkel.

Wien, 2. Januar. (Amst.) wird berichtet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Der Feind nahm nun auch seine Distanz an der begrablichen Front der Armee Pflanzler-Ballin wieder auf. Nachdem er schon in der Neujahrsnacht zweimal, und am darauffolgenden Vormittag ebenfalls vergeblich versucht hat, in unsere Stellung einzudringen, führte er um 1 Uhr nachmittags gegen den Abschnitt bei Telorow einen neuerlichen starken Angriff, der von den tapferen Verteidigern abgegriffen wurde. Zwei Stunden später drangen im gleichen Raum sechs russische Regimenter vor, die zum größten Teil abermals geworfen wurden. Nur in einem Bataillonsabschnitt ist der Kampf noch nicht abgeschlossen. Die Verluste des Gegners sind außerordentlich groß.

Auch an der Strypafront nordwestlich von Buczacz griff der Feind am Neujahrs morgen an. Der Angriff mißlang ebenso wie ein russischer Vorstoß auf eine Schanze nordwestlich von Burlanow.

Die Zahl der seit einer Woche in Ogalizien eingebrachten Gefangenen reicht an 3000 heran. Südlich von Dubro und Bereftian, im Gortomelgebiet, wurden schwächere feindliche Abteilungen abgewiesen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Gegen Frankreich und Belgien.

Fliegerangriff auf Nancy.

Am Neujahrs morgen wurden auf Nancy und Umgegend 16 Bomben geworfen. Sie verurachten im Umkreis des Bahnhofes, wo sich die alten und neueren Militärkasernen befinden, mehrere Brände, die bis zum späten Nachmittag fortbauerten.

Gegen Rußland.

Ein Luftschiff über Riga.

Petersburger Blätter berichten, daß ein deutsches Luftschiff am 22. Dezember die russische Vorstadt von Riga mit einer Anzahl Bomben beworfen hat.

Vertagung des finnischen Landtages.

Wie „Hiljemiä Wiedomosti“ meldet, wird in einem Ukas des Zaren die Hinanschiebung der Einberufung des finnischen Landtages bis nach Friedensschluß verfügt, da Finnland Kriegsgebiet sei.

Gegen England.

Beislagnahme Post.

Das Amt der Post wird gemeldet: Die Post des Dampfers „Kestbrandt“ wurde von den Engländern beschlagnahmt. Der Kapitän fügte sich unter Protest.

Der Balkankrieg.

Der Skutari.

„Daily News“ veröffentlichen eine Athener Meldung, nach der die Österreichischen sich Skutari auf Schußweite genähert haben. Auf dem linken Flügel hätten sie die Dörfer Bieloposse erreicht.

Beziehung von Zarna.

Wien meldet aus Athen: Unthigen Meldungen zufolge beschränkte ein russisches Geschwader von neuem Borna und beschloß besonders das britische Geschwader, nicht aber unerheblichen Schaden an. Das russische Geschwader beschloß demnach Borna und dampfte mit unbekannter Bestimmung ab.

Fliegerangriffe auf Saloniki.

Ueber Saloniki erschienen am Freitag um 10 Uhr morgens drei deutsche und sieben französische Bomben, die angeblich keinen Schaden anrichteten. Die Kriegsschiffe ergriffen ein lebhaftes Feuer und drei Flieger der Serbentruppen fliegen ab, während die Bomben sich entzündeten. Mittags fehrte eine Bombe zurück. Sie wurde von dem Kommando der Serbentruppen ergriffen, zerfiel jedoch in der Luft. Nach Athener Meldungen hätten die Serbenwache der deutschen Flugzeuge auf das englische Lager in Saloniki ausgeübten Erfolg. Es gab eine große Anzahl Toter und Verwundeter.

Ein neuer Neutralitätsvertrag der Entente in Saloniki.

Nach Meldungen der „Times“ aus Saloniki sind der deutsche, österreichisch-ungarische, türkische und bulgarische Konsul mit ihrem Familien- und ihrem Personal auf Befehl des Generals Serrail verhaftet und an Bord des französischen Kriegsschiffes „Patrie“ gebracht worden, während die Gebäude der Konsulate durch Entente-Truppen besetzt wurden sind.

Nach der „Agence Havas“ geschah die Verhaftung infolge des Fliegerangriffs auf Saloniki. Die Konsuln der Mittelmächte zählten mit dem Personal zusammen 62 Personen. Bulgariens Konsul war nicht zu finden; er ist nicht verhaftet worden. Die Konsuldarstellungen sollen den Verbündeten nicht die Hände gefallen sein.

Die Mittelmächte, Bulgarien und die Türkei haben bei der griechischen Regierung einen gemeinsamen Schritt wegen der Verhaftung ihrer Konsuln in Saloniki unternommen. Ministerpräsident Stulubis antwortete, daß die Regierung schon bei dem Pariser und dem Londoner Konvent Einspruch erhoben habe.

Serrail antwortete auf den Protest der griechischen Beamten, daß er nach dem Bombenwerfen sich zu seinem Vorgehen gegen die Konsuln berechtigt halte und im übrigen die endgültige Entscheidung den verbündeten Regierungen überheimgestellt bleibe. Zu dem Korrespondenten des „Corriere della Sera“ sagte der General, von dem Augenblick an, in dem die Deutschen Saloniki zum Kriegsgebiet gemacht, sei es in griechischer Folgerung, daß er die Feinde, die sich in diesem Gebiet befinden, zu Gefangenen mache.

Der Vertreter des russischen Bureaus erzählt aus bester Quelle: Die völkerrechtswidrige Verhaftung der Konsuln der Mittelmächte in Saloniki durch die Franzosen rief in Athen eine hochgradige Erregung hervor. Da der neueste Uebergriff des Biederbandes nicht nur, wie bisher, die Interessen des Landes beeinträchtigt, sondern sogar die Ehre des griechischen Staates antastet, ergriff die griechische Regierung sofort die energischsten Maßnahmen, um sich Genugtuung zu verschaffen. Einerseits verlangten die griechischen Behörden vom General Serrail die Freilassung der festgenommenen und beauftragten griechische Offiziere und Gendarmen mit der Bewachung der Konsulatsgebäude. Andererseits legte die griechische Regierung in Paris und London auf das energichste Protest ein und verlangte auf das nachdrücklichste vor allem die Auslieferung der Konsuln und des Personals. General Serrail antwortete, er habe die Maßregel nur aus militärischen Gründen vorgenommen und könne nur auf Befehl aus Paris, wohin er über den Vorfall berichtete, die Freilassung bewirken. Die griechische Regierung ist um so peinlicher überrascht, als die Vertreter des Biederbandes ihr in aller Form zusicherten, daß sie nicht an die Verletzung der Konsuln des Biederbandes aus Saloniki dächten, daß sie die griechische Regierung, wenn sie etwas Derartiges beschlossen hätten, vor der Ausführung des Beschlusses davon benachrichtigen würden. Der Vorwand des Fliegerangriffes ist nichtig, weil der Angriff auf das verhängnisvolle englische und französische Lager und nicht auf die griechische Stadt Saloniki gerichtet war. Die griechische Regierung findet in ihrer festen Haltung einen Rückhalt an der Bevölkerung, die ohne Unterschied der Partei den Uebergriff des Biederbandes als brutale Verletzung der griechischen Neutralität und des Völkerrechts ansieht.

Zur Besetzung der Insel Castello Nizos

erklärt die französische Regierung, das Bestrecht Griechenlands sei strittig; Frankreich beabsichtige, die Insel als Stützpunkt für seine zukünftigen Unternehmungen in Kleinasien und zur Ueberwachung der feindlichen Unterseeboote zu benutzen; die Besetzung sei durchaus nur provisorisch und könne Griechenland in keinem Fall beunruhigen. Die griechische Regierung protestierte sofort, indem sie erklärte, die griechische Souveränität über die Insel bestehe tatsächlich und sei von den Mächten stillschweigend anerkannt worden. Nach dem Blatt „Athina“ erklärte sich Ministerpräsident Briand in seiner Antwort mit dem griechischen Standpunkt einverstanden und fügte hinzu, er habe angeordnet, daß Verhandlungen mit Griechenland eröffnet würden, um die Frage entsprechend dem griechischen Standpunkt und im griechischen Interesse zu lösen.

Ueber diesen Eingriff in die griechischen Hoheitsrechte werden, wie die „Telegraphen-Union“ aus sicherer Quelle erfährt, folgende Einzelheiten gemeldet: Seit einiger Zeit wurde die Insel von einer Bande von Räubern und Landstreichern heimlich, unter Führung eines gewissen Laferdi, der aber im Solde und Dienste des französischen Vizekonsuls in Rhodos stand und von diesem aufgeführt war, gegen die Behörden rekrutiert. Die griechische Regierung verständigte die französische von diesen Vorgängen in der Hoffnung, daß diese ihren Vertreter preisgeben und ihren Schiffen Anweisung geben werde, sich in diese strafrechtliche Angelegenheit, die nichts mit auswärtiger Politik zu tun hat, nicht einzumischen. Griechenland entsandte den Kreuzer „Helle“ mit einer entsprechenden Zahl von Truppen nach der Insel zur Herstellung der Ordnung. Die französische Flotte im Ägäischen Meere versuchte aber die Aufgabe des Kreuzers „Helle“ zu durchkreuzen oder zu verzögern, indem sie den Kommandanten des Kreuzers vor den Gefahren bei der Annäherung an die Insel warnte, da die französischen Schiffe Unterwasserminen ausgelegt hätten. Um dieser Warnung besonderen Nachdruck zu geben, verständigte sogar der französische Marine-Attache in Athen die griechische Regierung amtlich von den Gefahren an der kleinasiatischen Küste. Trotzdem erhielt der Kreuzer „Helle“ den Auftrag, die Fahrt fortzusetzen. Er gelangte auch zu seinem Ziel, ohne daß sich irgend eine Gefahr gezeigt hätte. Inzwischen traf der Kreuzer bei seiner Ankunft am Mittag des 28. v. Nizos vor Castello Nizos die französischen Kriegsschiffe „Admiral Charrier“ und „Jeanne d'Arc“, und ganz verblüfft hörte der Kommandant, daß seit dem Morgen desselben Tages 500 Marine-Infanteristen die Insel besetzt hielten. Der Vizeadmiral, der die französische Flotte befehligte, erklärte dem Kommandanten des Kreuzers „Helle“, daß die Besetzung der Insel im Auftrage seiner Regierung und aus militärischen Gründen erfolgt sei. Der Kommandant des Kreuzers „Helle“ mußte sich unter Protest zurückziehen. Dies sind die Tatsachen. Die griechische Regierung hat sofort gegen diese Verletzung in Paris sehr energisch protestiert. In ihrer Protestnote bezeichnet sie die Besetzung Castello Nizos durch Frankreich als mit Vorbedacht ausgeführte Bergewaltigung. Die von Griechen bevölkerte Insel habe sich durch die lange Friedensherrschafft sehr gehoben und sich willig unter die Verwaltung des Mutterlandes gestellt. Die griechische Regierung unterbreite das von Frankreich verübte Attentat gegen die Unabhängigkeit und Souveränität eines Landes, mit dem Frankreich nicht im Kriege stehe, dem Urteil der ganzen gestifteten Welt.

Die Kämpfe im Orient.

Des türkischen Hauptquartiers

meldet vom 21. Dezember: An der Dardanellenfront herrschte bei Sedid-Bahr in der Nacht vom 20. zum 21. Dezember bis zum Morgen ein zeitweilig heftiges Geschützfeuer und Bombenlärm. Am 21. Dezember fanden nachmittags heftige Kämpfe der Artillerie, der Infanterie und mit Bomben auf dem rechten Flügel statt. Zwei Kreuzer und ein Kanonenboot beteiligten sich an dem Kampf, der auf dem Lande. Unsere Artillerie vernichtete

Schweren Schaden in den feindlichen Gräben und in seinen Lagern bei Sedbil Bahr. In der Nacht vom 30. zum 31. und am 31. Dezember bombardierten unsere Batterien erfolgreich die Landungsstelle bei Sedbil Bahr und bei Tette Burun. Eins unserer Flugzeuge bewahrte sich erfolgreich ein feindliches Lager bei Sedbil Bahr und ein Transportschiff, ein anderes machte einen Erkundungsflug in der Richtung auf Imbros und warf Bomben auf das Panzerschiff „Swiftsure“. Sonst nichts Neues.

Türkische Erfolge in Persien.

Ein Telegramm aus Bagdad meldet: Eine türkische Abteilung, die in der Gegend Saubshulak, südlich des Urmia-Sees vorging, verjagte die Russen aus dieser Stadt und fügte ihnen ziemlich bedeutende Verluste bei. Angenblicklich werden die Russen verfolgt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 3. Januar.

Brot- und Mehlkarten. Man schreibt uns: Die neue Bekanntmachung des Polizeiamts über die Ausgabe von Brot- und Mehlkarten enthält gegenüber den früheren zwei wesentliche Änderungen. Einmal werden für Kinder im Alter bis zu einem Jahre von jetzt ab bis auf weiteres keine Brot- und Mehlkarten mehr abgegeben. Diese Einschränkung, welche in Hamburg bereits seit dem 1. September 1915 eingeführt ist, wird nunmehr auch für Lübeck unumgänglich, nachdem dem Brotbedarf der arbeitenden Bevölkerung in weitgehendem Maße durch die Ausgabe von Zusatzbrotkarten Rechnung getragen worden ist. In zweiter Linie enthält die Verordnung die Neuerung, daß für Karten, die außerhalb der für die Bewohner der Stadt und Vorstädte und des Stadtteils Travemünde festgesetzten Tage und Tageszeiten abgeholt werden, ein Gebühr von 30 Pfg. (für alle Karten zusammen) zu entrichten ist. Diese Bestimmung wurde notwendig, weil das Publikum die festgesetzten Abgabeterminen nicht mehr inne hielt und dadurch die ordnungsmäßige Abwicklung des Kartenausgabegeschäfts ernstlich gefährdet. Um diesen und anderen Mißbräuchen, die sich bei der Brotkartenausgabe eingeschlichen haben, entgegenzuwirken, sind die Kartenausgabestellen angewiesen, auf die genaue Befolgung der Bekanntmachung des Polizeiamts vom 18. November d. J. über die Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs zu achten und Zuwiderhandlungen unmissverständlich zur Anzeige zu bringen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß unrichtige Angaben gegenüber den mit der Brotkartenausgabe beauftragten Beamten und Gemeindevorsteher mit strenger Strafe bedroht sind.

Die Silbesteracht ist diesmal weit stiller vorübergegangen, als in früheren Jahren. Daran ist weniger die Verordnung der Polizei schuld, die das Profiteurejahr-Kaufen auf den Straßen verbietet, als der Mangel an freudiger Stimmung in den breiten Volksschichten. Der ungeheure blutige Krieg tötet auch den Frohsinn, wie so vieles andere. Abgesehen von einigen Cafés in der inneren Stadt, dürfte auch der Besuch der Wirtschaften kaum den Wünschen der Inhaber dieser Lokale entsprechen haben. Das Straßenleben war nicht sehr erheblich im Vergleich zu früher.

Kapitalisierung von Kriegserlösen. Eine lebhaft propagandisierte gegenwärtig dahin, die Kriegsbefähigten nach Möglichkeit anzufriedeln. Die für die Anziehung erforderlichen Mittel will man dadurch gewinnen, daß die dem in Frage kommenden Kriegsbefähigten zustehenden Renten zum Teil kapitalisiert werden. Dieser Gedanke ist auch bereits im Haushaltsausschuß des Reichstags eingehend erörtert worden und die Sozialdemokraten haben nicht unterlassen, zu äußerster Vorsicht zu mahnen. Jetzt wird dem „Berliner Tageblatt“ dazu geschrieben:

„Wohl leicht noch während der Januartagung, sonst jedenfalls in der folgenden Frühjahrstagung wird dem Reichstag eine Vorlage zugehen, durch die ermöglicht werden soll, daß an Stelle der Kriegsbefähigtenrente eine einmalige Abfindung durch ein Kapital gewährt wird. Eine ähnliche Kapitalabfindung kennt unser Mannschafsvororgungs-gesetz bereits, indem Kapitalanten für den Verzicht auf den Zivilversorgungsschein und die Zivilversorgungrente eine einmalige Abfindung von 1500 Mark gewährt werden kann. Das Prinzip einer Kapitalisierung der Rentenversorgung ist also unterm Versorgungsweisen nicht fremd. Selbstverständlich aber kann es sich im Interesse der Kriegsbefähigten nicht darum handeln, ganz allgemein an Stelle des Rentenbezugs eine Kapitalabfindung einzuführen. Denn zweifellos würden Kriegsbefähigte in großer Zahl von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und die erhaltene Kapitalabfindung zur Begründung irgendeines geschäftlichen Unternehmens verwenden. Wenn dann aber ein solches Unternehmen fehlschlägt, dann ist die mit der Kapitalabfindung erzielte Sicherstellung des Lebensunterhalts nicht erreicht und der Kriegsbefähigte ist unter Umständen der Not preisgegeben. Die geplante Kapitalisierung des Rentenanspruchs wird infolgedessen beschränkt werden auf den Erwerb einer Heimstätte, wie sie jetzt von Siedlungsgesellschaften und Landwirtschaftskammern für Kriegsbefähigte eingerichtet werden.“

Bei dieser Mitteilung scheint es sich mehr um einen Fühler zu handeln, den interessierte Kreise herausstrecken. Daß dem Reichstag schon im Januar eine solche Vorlage zugeht, ist so gut wie ausgeschlossen. Der Reichstag wird nur einige Tage versammelt sein und in dieser kurzen Zeit kann ein solches Gesetz nicht gemacht werden. Es ist nicht damit getan, daß man einen Kriegsbefähigten anfindet, man muß damit auch die Möglichkeit einer gewinnbringenden Beschäftigung verbinden. Und gerade damit läßt man auf die denkbar größten Schwierigkeiten. Das allein läßt schon erkennen, wie wenig sprudeln die ganze Frage ist.

Veräußerungs- und Verarbeitungsverbot. Eine am 31. Dezember 1915 in Kraft getretene Bekanntmachung betrifft ein Veräußerungs- und Verarbeitungsverbot von reiner Schafwolle, Kamelhaaren, Mohair, Alpaka, Kaschmir oder anderen Tierhaaren sowie deren Halberzeugnissen und Abgängen. Die Bekanntmachung verbietet die Veräußerung und Verwendung der von ihr betroffenen Spinnstoffe und Tierhaare, deren verschiedene Sorten einzeln aufgeführt sind, anders als zu Herrens- oder Marinezwecken. Die Anordnungen bestimmen genau, welche Veräußerung oder Verwendung als eine solche zu Herrens- oder Marinezwecken anzusehen ist. In der Bekanntmachung sind bestimmte Ausnahmen festgesetzt. Insbesondere beziehen sich die Anordnungen nicht auf die Mengen Spinnstoffe, welche nach dem 14. August 1915, auf die Mengen Tierhaare, welche nach dem Inkrafttreten der Bekanntmachung aus dem Ausland eingeführt sind. Besondere eingehende Bestimmungen sind für Kammergarnspinner getroffen. Der Wortlaut der Bekanntmachung kann bei den Polizeibehörden eingesehen werden und erscheint in den Amts- und Kreisblättern.

Zu der Bekanntmachung betreffend Bestandserhebung von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen und daraus hergestellten Web-, Wirk- und Strickgarnen (R. M. 589. 15 K. A.) ist ein Nachtrag erschienen, dessen Anordnungen am 31. Dezember 1915 in Kraft treten. Durch diesen Nachtrag wird der § 3 der vorgenannten Bekanntmachung dahin erweitert, daß allmonatlich meldepflichtig sind auch sämtliche Vorräte folgender tierischer Spinnstoffe:

1. Mohair
2. Kamelhaare
3. Alpaka
4. Kaschmir
5. Faselhaare
6. Fingehaare
7. Halberhaare
8. Kamelhaare
9. Faselhaare
10. Fingehaare

mit Ausnahme von Schweis- und Nähmaschinen und die aus den Stoffen zu 1-5 hergestellten Web-, Wirk- und Strickgarnen. Meldepflichtig sind jedoch nur Vorräte einer jeden Gruppe, die mindestens 100 Kilogramm betragen. Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen und erscheint in den Amts- und Kreisblättern.

Die Zehnpenningstücke aus Eisen und die Automaten. In Deutschland spielen bekanntlich die Automaten sowohl im Warenverkauf wie auch im Verkauf von Fahrkarten der Verkehrsrichtungen eine sehr bedeutende Rolle. Ein großer Teil dieser Automaten ist nun mit magnetischen Vorrichtungen versehen, durch die eine betrügerische Verwendung von Eisenstücken im Automaten verhindert wird. Aus diesem Grunde bestanden ursprünglich erhebliche Bedenken gegen die Ausprägung von Zehnpenningstücken aus Eisen, weil diese für Automaten mit magnetischer Einrichtung keine Verwendung finden konnten. Aber gerade die Automatenindustrie und der Fahrkartenverkauf haben ein besonderes Interesse daran, daß Zehnpenningstücke in ausreichender Menge in Umlauf sind, und da auch sonst das Bedürfnis nach einer Vermehrung der vorhandenen Zehnpenningstücke immer sehr hervorzu treten, gelangen nunmehr auch Zehnpenningstücke in Eisen zur Ausprägung. Die mit magnetischer Vorrichtung versehenen Automaten werden eine entsprechende Umänderung erfahren. Das Gewicht der neuen Zehnpenningstücke ist nur 0,4 Gramm leichter wie das der Stücke aus Nickel, eine Differenz, die für die Verwendung im Automaten keine Rolle spielt. Die Münzstätten sind bereits auf die Prägung der Zehnpenningstücke eingerichtet, — sie warten lebhaft auf die Lieferung der eisernen Plättchen von Seiten der Industrie. Mit der Ausprägung wird daher sofort begonnen werden, sobald das Prägematerial zur Verfügung steht. Ausgeprägt werden insgesamt 100 Millionen Zehnpenningstücke. Rechnet man dazu die schon jeither in Prägung befindlichen 100 Millionen Zehnpenningstücke, so gibt das eine Vermehrung der kleinen Zahlungsmittel, die sich im Zahlungsverkehr schon bald sichtbar machen wird.

Die Arbeitsleistung der Reichspost hat in den letzten Monaten weiter stark zugenommen. Nach einer Briefzählung im November und Dezember 1915 werden gegenwärtig allein im Reichs-Postgebiet, Bayern und Württemberg also nicht mit eingerechnet, täglich 28,8 Millionen Briefsendungen, einschließlich der nach dem Felde bestimmten und der von den Kriegsgefangenen herrührenden, aufgeschickt. Gegenüber der Tagesbriefauflieferung im letzten Friedensjahre 1913 von 17 Millionen Briefsendungen ist die derzeitige Tagesauflieferung um 69 Prozent größer, während sonst die durchschnittliche jährliche Steigerung beim Briefverkehr nur 7 bis 8 Prozent, für zwei Jahre also 15 Prozent ausmacht. Allein der tägliche Feldpostbriefverkehr des Reichs-Postgebiets nach und von dem Felde sowie im Reichs-Postgebiet selbst übersteigt jetzt schon mit seinen 18,7 Millionen Sendungen die gesamte Tagesbriefauflieferung des Reichs-Postgebiets von 1913. Dabei steht etwa ein Drittel des Reichspostpersonals, d. h. gegen 90 000 Mann, im Felde, so daß die Reichspost in weitem Umfange mit Ausschlußarbeiten arbeiten muß.

Vermindern Sie Ihr Fett! So steht zu lesen im Anzeigenteil der großen Zeitungen. Wer nur diese Ueberschrift liest, der wird meinen, daß das eine unbedeutende Aufforderung sei, inwiefern die Fettverminderung in diesen üblen Tagen die natürlichste und selbstverständlichste Sache der Welt ist, — nicht nur bezüglich des Fettes, das man täglich zu sich nimmt, sondern auch bezüglich des Fettes, das der Mensch in gewöhnlichen Zeiten mehr oder minder reichlich mit sich herumträgt. Aber es scheint auch jetzt noch Leute zu geben, die einen Ueberschuß an Fett haben und nicht wissen, wie sie es los werden sollen, da ihre tägliche Nahrungsaufnahme immer noch so reichlich bemessen ist, daß sie nicht nur ihr eigenes Fett behalten, sondern daran auch noch zunehmen. An diese Leute wendet sich die Anzeige, indem sie ihnen eine Methode empfiehlt, von der es heißt:

Diese Methode ist nicht nur zur Verminderung des Fettes am ganzen Körper geeignet, sondern auch für bestimmte Körperteile allein, z. B. Doppelkinn, starke Hüften, fetter Hals oder Schultern, dicke Bauch, fette Hände usw. Da gibt es keine schlechten Nachwirkungen. Alle Unannehmlichkeiten der Diäten, wie Entschlackung gewisser Speisen usw., sind ausgeschlossen, ebenso wie Turnübungen usw. Es ist tatsächlich kein System, verbunden mit Schwitzen, Hungern, Laufen, Massieren, Sandgängen oder Pflücken. Mitglieder der höheren Gesellschaftsklassen würden nie eine Entschlackungskur durchmachen, die Arbeit erfordert, noch mehr aber verlangen sie, daß alles dabei harmlos ist. Niemals würden sie etwas anwenden, das der Gesundheit schaden könnte. Es muß angenehm und beförmlich sein, und so ist diese neue Methode.

So ist's im Leben. Der eine hat's Mus, der andere den Köhler. Der eine hat's Fett und möchte es loswerden, der andere hat keins und möchte was haben. Der eine scheut jede Arbeit, auch wenn er dadurch sein überschüssiges Fett loswerden könnte, der andere verachtet vor Arbeit und seht sich nach mehr Fett. Leider hat noch keiner die Methode entdeckt, wie die arbeitslose Bevölkerung gegenwärtig zu der beförmlichen Menge Fett kommt.

Kriegsgefangenen. Nach einer Mitteilung der Auslandsreise für Kriegsgefangene in Wien befinden sich der am 2. August 1915 an der Sofans-Spize gefangen genommene Kaiser vom 14. April, Friedrich von Serbien, geboren am 10. Oktober 1895 in Ljubowitza, und der am 9. Juni 1915 bei St. Eufemia gefangen genommene bayerische Jäger Eugen Gattler, geboren am 10. Oktober 1894 in Hamburg, gefangen im Internierungslager Volterra, Italien. Angehörige der beiden Personen waren nicht zu ermitteln.

Abrechnung 1916. Sehr anerkanntswürdig ist es, daß der Verlaß, trotz des großen Mangels an geeigneten Hilfskräften, es ermöglichen konnte, der Geschäftswelt dieses wichtige Nachtragswert wieder pünktlich am Anfang des Jahres zu überreichen, wozu doch im vergangenen Jahre Änderungen wie kaum je zuvor bis zur letzten Stunde einzuwirken, welche noch alle Berücksichtigung finden konnten. Der Stadtplan dürfte aus militärischen Gründen nicht beigelegt werden.

Stadttheater. Man schreibt uns: Am Dienstag findet eine Wiederaufführung der Oper „Figaros Hochzeit“ von Mozart statt und zwar mit Uebereinkommen verschiedener Hauptpartien. Fräulein Saffig, die sich ja als „Cros“ mit gutem Erfolg beim Publikum eingeführt hat, wird die „Gräfin“ singen, Fräulein Reiser die „Marzelline“ und Herr Weisler den „Bartolo“. Donnerstag geht noch einmal auf die Bühne die „Sommernachts Traum“ von Shakespeare in Szene, mit Stanislaus Juchs als „Jettel“.

pb. Diebstahl. Am Sonntag, dem 2. d. M., vormittags, ist von einem Führer, welches an der Obertrave stand, eine Fiederdecke gestohlen worden. Die Decke war gelb und hatte an der Seite zwei rote und einen blauen Streifen, auch befanden sich in der Decke die Buchstaben C. S. mit roter Woll eingenaht. — Am 31. Dezember 1915, nachmittags, ist ein Zweirädergerätes Handwagen, der vor einem Hotel in der Braunstraße gestanden hat, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Handwagen hat eine längliche Form.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurde ein mehrfach vorbestrafter Arbeiter aus Stöckelsdorf, der die Kupierbildung von einer Gartenfriedigung in der Gadenburger Allee abgeriffen hatte, um diese zu verkaufen. — Ebenfalls festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter wegen Erpressung. Er hatte an eine hier wohnhafte Person einen Brief geschrieben, worin dieser unter Drohungen aufgefordert wurde, an eine bestimmte Stelle Geld hinzuliegen.

pb. Abhanden gekommen ist in den letzten Tagen ein gelbeses Reibkissen, auf dem sich als Verzierung ein mit Brillanten und Saphiren besetztes Suppenbesteck befand. Vor Anlauf des Reibkissens wird gewarnt.

Hamburg Nordversuch. Am Sonntag morgen gegen 5 Uhr püßte sich vor einem Schwärmenladen in der Gärtnerstraße eine blutige Familienzene ab. Der mit seiner Frau in Anhäng-

elt lebende Bizefelmabel T. gab aus seinen Dienstrevolver drei Schüsse auf seine Frau ab, wodurch diese schwer verletzt wurde. Der Mann lief nach der Tat fort, wurde aber in einem Hause der Nordstraße festgenommen. T. hatte sich am Neujahrstage gegenüber seiner in einer Terrasse der Gärtnerstraße wohnenden Frau ein Zimmer gemietet, wobei er angab, drei Tage Urlaub zu haben. Am Sonntag morgen lauerte er seiner Frau auf und als diese auf der Straße erschien und einen Fettwarenladen betreten wollte, eilte er hinzu und hielt sie an mit der Frage, ob sie sich wieder versöhnen wollten. Auf die abweisende Antwort zog er einen Revolver hervor und gab die Schüsse ab, von denen einer das Schaulos durchlöcherete und zwei die Frau in den Kopf trafen. Die Getroffene stürzte in einen Brotladen, deren Inhaber sie in die Wohnung überführte. Lebensgefahr scheint für sie nicht zu bestehen. T. wurde nach seiner Vernehmung der Militärarrestanstalt überwiesen. Der Mensch hat sich außerdem noch wegen Betrugschuldverleihen zu verantworten, da er zwei Mädchen in der Umgegend von Hamburg die Heirat versprochen und ihnen dabei 500 bzw. 400 Mark abgeschwindelt hat.

Kuhhauen. Ueber große Sprottenfänge wird berichtet: „Dem ersten großen Sprottenfang zu Anfang vorigen Monats ist in den letzten Tagen, nachdem inzwischen noch kleinere Fänge gemacht waren, ein zweiter großer Fang von 4000 Pfund besser Sprotten gefolgt, der von drei Finkenwärdern Finkenwärdern hier eingebracht worden ist. Die dabei gemachten Beobachtungen lassen erkennen, daß die Sprotten wieder in joch dichtem Schwärmen in der Elbmündung eingetroffen sind, wie es seit langen Jahren nicht mehr der Fall gewesen ist. Es sind nämlich den Fischen dreimal die Wege wegen Ueberfüllung mit Sprotten gerissen. Diese Sprottenfänge, die für die nächsten Tage weitere gute Ergebnisse erwarten lassen, sind insofern noch von besonderer Bedeutung, als den Sprotten im Januar bzw. Februar eine besondere Art Junghering zu folgen pflegt, wie es auch beim letzten Wiederauftreten der Sprotten in der Elbmündung im Winter 1913 zu verzeichnen gewesen ist. Damals sind dann im Februar 1914 insgesamt 2 600 576 Pfund dieser Heringe gefangen worden.“ Diese Nachricht hat einen erfreulichen Klang. Nur wäre dringend zu wünschen, daß dieser nachhafte und wohlthätigende Fisch auch zu dementsprechend niedrigen Preisen auf den Markt kommt.

Theater und Musik.

Das Stadttheater blieb auch diesmal seiner alten Übung treu, das neue Jahr mit der in Seltimmung getauften Operette „Die Fledermaus“ zu beginnen. Wenn es schon eine Operette sein soll, ist die Wahl nicht zu scheitern. Gespielt und gesungen wurde unter der liebreichselbständigen Leitung des Herrn Kapellmeisters W. K. mit viel Lust und Liebe. Frau Vogel-Mad war als Adele so ausgelassen als möglich, Fräulein Steinweg eine sehr achtbare Kojalinde, Fräulein Weisner ein trefflich charakterisierter blauer Prinz, Fräulein Herr Nickel ein flotter Eigenstein und Herr Direktor Juch ein Gefängniswärter, froh, dessen trodrer Humor sich sehr wirkungsvoll zeigte. Die Ausstattung war so gut wie immer. Reicher Beifall des vollen besetzten Hauses, Blumen und Lorbeer lohnten die Mitwirkenden. P. L.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegslage.

W. B. Großes Hauptquartier, 3. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Eine große Sprengung nördlich der Straße La Bassée Bethune hatte vollen Erfolg. Kampf- und Deckungsgraben des Feindes, sowie ein Verladungsberg wurde zerstört. Der überlebende Teil der Besatzung, der sich durch die Flucht zu retten versuchte, wurde durch unsere Infanterie und durch Maschinengewehre wirkungsvoll gejagt. Ein anschließender, auf breiter Front angelegter Feuerüberfall übertraf die feindlichen Grabenbesatzungen, die teilweise ihre Heil in eiliger Flucht suchten.

Auf der übrigen Front keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Bei der Beschießung von Luttrebach im Elsass durch die Franzosen wurde am Neujahrstage beim Verlassen der Kirche ein junges Mädchen getötet, eine Frau und drei Kinder verletzt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Russen setzten an verschiedenen Stellen mit gleichem Miterfolg wie an den vorhergehenden Tagen ihre Unternehmungen mit Patronillen und Jagdkommandos fort.

Balkanriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Sofia, 2. Januar. Als Antwort auf die völkerrechtswidrige Verhaftung des bulgarischen Konsuls und seiner Beamten in Saloniki hat die bulgarische Regierung die Verhaftung des französischen Bizekonsuls verfügt, der zur Unterstützung des hiesigen holländischen Gesandten als Vertreter der französischen Interessen in Sofia zurückgelassen war.

Konstantinopel, 2. Januar. Nach zuverlässigen Meldungen ist es den nach Malta gebrachten Saloniki-Konsul des Bierbundes gelungen, rechtzeitig die Akten der Konsulate zu vernichten. Hier ist man von Stuludis energischem Auftreten begeistert.

Lugano, 2. Januar. Zur Verhaftung der Konsul in Saloniki werden in den Mailänder Blättern noch folgende nähere Umstände gemeldet: Alle vier Konsulate liegen in derselben Straße am Meer, jedes in einem Hofe, der mit einem Gittertor verschlossen ist. Um 4 Uhr sah man die Patronillen mit angelegtem Bajonet im Eilmarfch durch die Allee kommen, und augenblicklich wurden die Gittertüre beiseite geschoben und zwar jedes von etwa 200 Mann englischer Infanterie und ebensoviele marokkanischen Juvaken. Auf der Straße hielten Dragoner. Je ein Offizier mit mehreren Soldaten drang ins Haus ein. Der deutsche Konsul Walter und der österreichisch-ungarische Generalkonsul von Kwiatkowski befanden sich bei der Arbeit. Beide Herren protestierten lebhaft. Der türkische Generalkonsul Kiamit Bey soll versucht haben, zu entkommen, er wurde aber im Ganzen erreicht. Der bulgarische Konsul Metzoff war abwesend. Er wurde am 7 Uhr abends bei seiner Rückkehr verhaftet. Die Wappen sind unverletzt. Eine offizielle Antwort der Bierverbandsmächte hat die griechische Regierung auf ihren Protest bisher nicht erhalten.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die sechsten erschienenen Nr. 1 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Neujahr 1916. — Der gesellschaftliche Charakter der Luft. — Von W. Herold. — Der Wohlstandskrisis. — Von Fritz Müller. — Die Selbstschändung. — Von Oskar Wöhle. — Ein Universalinstrument der Arbeit. — Waldamus im Weltkrieg. — Von Franz Dieberich. — Die schümmen Suben in der Schule. — Von R. B. — Aus der Jugendbewegung. — Die Kopfarbeit. — Gedicht von Heinrich Seidel.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Swigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Steller. — Verleger: J. J. Schwarz, Druck: Friedr. Koster & Co. — Samtlich in Lübeck.

Änderungen in den Familienunterstützungen.

Der Beschluß des Reichstages vom 21. Dezember 1914, dem beizutreten die verbündeten Regierungen sich bereit erklärt haben, bedeutet in mehrfacher Hinsicht eine Verbesserung des Reichsgesetzes vom 28. Februar 1888/1. August 1914 betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften. Die Meinung freilich, der man in weiten Kreisen begegnet, daß dadurch die Sache erhöht wird, beruht auf einem Irrtum. Allerdings lag der Kommission ein Antrag auf Erhöhung vor, aber er ist abgelehnt worden, weil die Mehrheit von einer mechanischen Erhöhung nichts wissen wollte. Die Änderungen bewegen sich in anderer Richtung.

Zunächst ist eine bestimmte Gruppe von Unterstützungsfällen in Zukunft dem freien sachlichen Ermessen der Gemeindebehörden entzogen und den Kriegsfamilien in diesen Fällen ein fester Anspruch auf Unterstützung verliehen worden. Im Gesetz ist ganz allgemein davon die Rede, daß die Unterstützung in Folge der Bedürftigkeit bezahlet wird, aber über den Begriff der Bedürftigkeit gehen die Anschauungen weit auseinander. Es fehlt nicht an Lieferungsverbänden, die im Widerspruch mit der Absicht des Gesetzgebers die Bedürftigkeit als Bedürftigkeit im Sinne des § 29 des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz auslegen. Daß der Gesetzgeber das nicht gewollt hat, geht klar und deutlich aus den Motiven des Entwurfs hervor, und sämtliche Kommentare stimmen denn auch darin überein, daß zwischen der armenrechtlichen Unterstützung und der Kriegsunterstützung ein wesentlicher Unterschied besteht. Während es bei der ersteren auf ihre Ursachen für die Verpflichtung der Armenverbände zur Unterstützung nicht ankommt und sie erst bei dem Fehlen der Mittel für den notwendigen Lebensunterhalt vorliegt, ist als Voraussetzung für die Unterstützung nach dem Gesetz vom 28. Februar 1888 anzunehmen, daß die Familie infolge des Eintritts eines Mitgliedes in den Kriegsdienst eine wirtschaftliche Einbuße erlitten hat, welche sie unter Berücksichtigung ihres Standes und ihrer Lebensverhältnisse einerseits, andererseits aber auch unter Berücksichtigung der durch einen Kriegsausbruch allgemein gebotenen weitgehenden Einschränkung und Einfachheit in der Wirtschaftsführung als bedürftig erscheinen läßt. Auch die Regierungen, sowohl die Reichsregierung wie die der meisten Einzelstaaten, haben wiederholt die Lieferungsverbände darauf aufmerksam gemacht, daß eine wohlwollende und nicht nach den Grundrissen der Armenpflege erfolgende Prüfung der Bedürftigkeitsfrage bei der Gewährung der Familienunterstützungen geboten sei und daß vor allem die Verweisung von Kriegsfamilien an die öffentliche Armenpflege nicht gebilligt werden könne. Leider stehen diese wohlgemeinten Erlasse vielfach auf dem Papier, die untergeordneten Organe richten sich häufig nicht danach, und so kommt es, daß zahlreichen Kriegsfamilien die Unterstützung verweigert wird, weil die mit der Prüfung der Verhältnisse betrauten Personen sich von dem Vorhandensein einer Bedürftigkeit nicht überzeugen können. Namentlich dort, wo in den Unterstützungsstellen Organe der öffentlichen Armenpflege ausschlaggebend sind, wird allen Anweisungen und dem Sinne des Gesetzes zum Trotz immer noch die Bedürftigkeit als Hilfsbedürftigkeit im armenrechtlichen Sinne aufgefaßt. Ja es ist keineswegs eine vereinzelte Erscheinung, daß in Gemeinden mit mehreren Kommissionen die eine Kriegsfamilie die Unterstützung erhält, daß sie aber der anderen, die genau unter den gleichen Verhältnissen lebt, verweigert wird, weil die Prüfung nach subjektivem Ermessen erfolgt. Nur wenige Gemeinden haben bestimmte objektive Maßstäbe für den Begriff der Bedürftigkeit festgelegt.

Schon im Februar 1915 hatte der Reichstag der Regierung einen Gesetzentwurf überwiesen, der u. a. eine genaue Abgrenzung des Begriffs der Bedürftigkeit vorsah. Die Regierung hat dem Wunsch des Reichstages keine Folge geleistet. Nach dem neuesten Beschluß des Reichstages muß nun die Familienunterstützung gewährt werden, wenn nach der laufenden Steueranlagung das Einkommen in den Orten der Tarifklasse E 1000 Mk. und weniger, in Orten der Tarifklassen C und D 1200 Mk. und weniger, und in Orten der Tarifklassen A und B 1500 Mk. und weniger beträgt. In diesen Fällen besteht ein Rechtsanspruch; er besteht nur dann nicht, wenn der Einkommensanspruch kein Einkommen ausfällt, d. h. wenn das volle Gehalt fortbezahlt wird oder wenn die Ehefrau das Geschäft des Mannes weiterführt und die Erträge die gleichen bleiben. Die Grenzen für den Rechtsanspruch sind für die einzelnen Sozialklassen verschiedentlich festgelegt, weil die Verhältnisse in Stadt und Land verschieden sind und deshalb eine schematische Grenze nicht als angemessen erschien. Die Grenze von 1000, 1200 und 1500 Mk. bedeutet aber nicht etwa, daß darüber hinaus Unterstützungen nicht mehr gewährt werden. Im Gegenteil. Wie der Berichterstatter Graf Weizsäcker ausführte, ist in der Kommission ausdrücklich und einstimmig festgestellt worden, daß auch in denjenigen Fällen, die oberhalb dieser Grenzen liegen, wie bisher die Anträge in weitherziger und wohlwollender Weise geprüft werden und daß, sobald Bedürftigkeit vorliegt, die Familienunterstützung nebst dem gemeindlichen Zuschuß nach wie vor gewährt werden muß. Mit anderen Worten: bei einem Ein-

kommen bis zu 1000, 1200 und 1500 Mk. darf die Bedürftigkeit, vorausgesetzt, daß der Eingezogene an seinem Einkommen Ausfall erleidet, niemals verneint werden; aber daraus erfolgt nicht, daß bei einem höheren Einkommen keine Bedürftigkeit vorliegt; es muß in diesen Fällen vielmehr genau so wie bisher eine sorgfältige Prüfung erfolgen, und wenn Bedürftigkeit vorhanden ist, muß die Unterstützung auch dann gewährt werden.

Zweitens hat der Reichstag die verbündeten Regierungen ersucht, die Zuschüsse des Reiches und der Einzelstaaten an die Lieferungsverbände zur Erhöhung der Familienunterstützung abgestuft nach der Leistungsfähigkeit festzusetzen. Bekanntlich gewährt das Reich seit dem 1. Januar 1915 aus dem 200-Millionen-Fonds Beihilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit und der Höhe ihrer Leistungen, mit der Einschränkung, daß im allgemeinen nicht mehr als ein Drittel der Gesamtaufwendungen für die Kriegswohlfahrtspflege bewilligt werde. Der Höchstbetrag an Beihilfen für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände jedes Bundesstaats bestimmt sich nach dem Maßstab der Matrifikalarbeiträge. Zuschüsse in gleicher Höhe wie das Reich leistet eine Reihe von Bundesstaaten, z. B. Preußen, das hierfür 110 Millionen zur Verfügung gestellt hat. Der 200-Millionen-Fonds des Reiches ist sonderbarerweise noch nicht aufgebraucht; nach der Denkschrift des Bundesrats waren bis zum September 1915 erst rund 86 Millionen Mark davon verteilt worden, wovon rund 80 Prozent auf Zuschüsse zu den Familienunterstützungen entfallen.

Der Beschluß des Reichstages sieht nun nicht etwa eine Erhöhung der Zuschüsse, sondern nur eine anderweitige Festsetzung derselben vor, und zwar sollen sie abgestuft werden nach der Leistungsfähigkeit der Lieferungsverbände. Der Reichsdachsekretär hat jedoch zugelegt, daß in größerem Umfang als bisher Zuschüsse an leistungsunfähige Gemeinden gegeben werden, und daß die oberste Grenze des einen Drittels der gesamten Aufwendungen in fort-fall kommen soll. Auf diese Weise wird es möglich sein, mehr als bisher den individuellen Bedürfnissen leistungsunfähiger Staaten und Gemeinden entgegenzukommen und dadurch deren Gerechtigkeit zur Gewährung der Unterstützungen zu erhöhen. Aufgabe unserer Gemeindevertreter wird es sein, die Gemeindevorstände zur Stellung entsprechender Anträge zu bewegen. Geht es das, dann entfällt für viele Gemeinden der Vorwand, daß es ihnen an Mitteln zur Erhöhung der Kriegsunterstützung fehlt, und dann werden selbst die ärmsten Gemeinden in der Lage sein, über die unzulänglichen Reichssätze hinauszugehen.

Der dritte Beschluß des Reichstages endlich verlangt Bestimmungen, wonach die Aufsichtsbehörden in geeigneten Fällen die Zahlung der Familienunterstützung anordnen können. Heute ist die Rechtslage so, daß nach dem Gesetz die in jedem Lieferungsverbande zu bildende Kommission endgültig sowohl über die Unterstützungsbedürftigkeit der einzelnen Familie, als auch über Umfang und Art der Unterstützung entscheidet. Die Regierungen verschiedener Bundesstaaten haben schon längst eingesehen, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar ist. In Preußen ist die Möglichkeit geschaffen, im Aufsichtswege Beschwerden gegen die Beschlüsse der Kommissionen einzulegen; in Bayern kann gegen abweichende Beschlüsse der Staatsaufsichtsbehörde angerufen werden, und auch in Sachsen werden im Aufsichtswege die Beschlüsse der Kommissionen daraufhin geprüft, ob sie den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen; gegebenenfalls kann eine Änderung herbeigeführt werden. Zweckentsprechender freilich wäre die Schaffung einer formellen Beschwerdeinstanz. Eine entsprechende Anregung ist auch in der Reichstagskommission gegeben, aber es wurde das Bedenken erhoben, daß eine solche Instanz nicht günstig wirken werde, da sie die Verhältnisse nicht besser beurteilen könne, als die den örtlichen Verhältnissen nahestehende erste Instanz. Auf der anderen Seite wurde angeregt, daß die Behörde in der örtlichen Instanz ausgebaut werden möge durch Hinzuziehung von Mitgliedern der unteren Steuerufen. Die Kommission einigte sich aber dahin, einzuweichen von diesen Anträgen Abstand zu nehmen, mit Rücksicht darauf, daß in Zukunft eine große Anzahl von Fällen dem freien Ermessen entzogen und mit einem Anspruch auf Gewährung der Unterstützung ausgestattet ist. Durch den Beschluß des Reichstages ist es ganz außer Zweifel gestellt, daß auch die kommunale Aufsichtsbehörde in der Lage ist, in geeigneten Fällen die Zahlung der Familienunterstützung anordnen zu können. Das bedeutet immerhin einen Fortschritt, den wir nicht unterschätzen, aber auch nicht überhätzen dürfen.

Vergessen wir nicht, daß das ganze Gesetz vom 28. Februar 1888 auf die Verhältnisse eines Krieges und so gewaltiger Ausdehnung und von so langer Dauer nicht zugeschnitten ist. Das ist ja auch der Grund, aus dem der Bundesrat wiederholt aus eigener Machtvollkommenheit Bestimmungen getroffen hat, die das Gesetz nicht unwesentlich verbessern. Es sei nur erinnert an die Ausdehnung des Reiches der unterstützungsberechtigten Personen, an die Erhöhung der Mindestsätze und an die auf Beschluß des Reichstages vorgenommene Änderung des § 10, der die Anrechnung der Familienunterstützungen auf die Hinterbliebenenbezüge regelt. Durch diese Änderungen sowie durch ihre Zustimmung zu den jüngsten Beschlüssen des Reichstages haben die Regierungen selbst anerkannt, daß das Gesetz unzureichend ist, und ihren Willen zur Beilegung der schlimmsten Mängel bekundet. Daß trotzdem in

der Praxis noch zahlreiche Mängel vorhanden sind, steht außer Zweifel, aber diese Mängel sind nur teilweise in den gesetzlichen Bestimmungen selbst begründet; in der Hauptsache resultieren sie aus der mit dem Geist des Gesetzes und mit den Absichten der Gesetzgeber Körperchaften in Widerspruch stehenden Praxis mancher unteren Verwaltungsbehörden, nicht zuletzt aus der Armut der meisten Gemeinden, die nicht in der Lage sind, die ihnen aus dem Kriegszustand erwachsenden Ausgaben zu bestreiten. In dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen, wird Sache unserer Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften sein, die immer wieder darauf dringen müssen, daß den leistungsunfähigen Gemeinden höhere Zuschüsse zuteil werden. Unseren Genossen, die in den Unterstützungs-kommissionen tätig sind, aber erwünscht die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß die Familien der Kriegsteilnehmer ausreichend unterstützt werden und daß jede Engherzigkeit vermieden wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Höchstpreiserhöhungen.

Nachdem die Höchstpreise für Milch mit Wirkung vom 1. Januar ab erhöht worden sind, sind nun auch die Höchstpreise für Margarine und Speisefett nicht unwesentlich erhöht worden. Die Großhandelspreise dürfen für Margarine von 1,28 Mk. auf 1,45 Mk., die für Speisefett von 1,52 Mk. auf 1,69 Mk. hinaufgesetzt werden. Entsprechend dieser Erhöhung steigen natürlich auch die Kleinhandelspreise und zwar noch mehr als die Großhandelspreise. Die Margarine-Preise sind von 1,40 Mk. auf 1,60 Mk., die Speisefettpreise von 1,64 Mk. auf 1,84 Mk. erhöht worden.

Höchstpreise für Schuhe abgelehnt.

Eine Eingabe des Verbandes deutscher Schuhwarenhändler an den Reichskanzler, in der um Festsetzung von Höchstpreisen für Schuhe gebeten wurde, ist ablehnend beschieden worden. Die Ablehnung wird mit den nicht zu überwindenden Schwierigkeiten begründet, die sich aus der Mannigfaltigkeit dieses Artikels ergeben.

Protest gegen die doppelte Gehaltszahlung.

Ein als Feldgeistlicher zum Heeresdienst eingezogener Zivilparrer schreibt dem „Volksboten“: „Bis 1. Dezember 1915 wurden den Reichs-, Staats- und Kommunal-Beamten, die als Offiziere und obere Militärbeamten im Heeresdienste Verwendung finden, sieben Zehntel ihrer reinen Militärbeholdung auf das Zivildienstverdienst an gerechnet, so daß sie noch drei Zehntel des Ziviergehalts neben der Militärbeholdung bezogen. Seit dem 1. Dezember 1915 ist diese Vergünstigung aufgehoben und es kommt die ganze reine Militärbeholdung (Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß) — zehn Zehntel gegen bisher nur sieben Zehntel — auf das Zivilgehalt zur Anrechnung. Nur die als Offiziere und Feldgeistliche einberufenen Zivilparrer sind heute noch die einzigen Beamten im ganzen Reich, die doppeltes Gehalt beziehen.“ Gegen die Doppelbezahlung wendet sich der Pastor schon im Interesse der Kirchengemeinden. In der Tat liegt die Sache so, daß alle Beamten des Reiches, des Staates, und der Kommunen, die zum Heeresdienst eingezogen sind, ihr Ziviergehalt ganz oder teilweise weiterbezogen. Sind sie Offiziere, dann werden sieben Zehntel ihres militärischen Einkommens auf das Ziviergehalt angerechnet, beim Leutnant einer mobilen Formation also 217 Mark monatlich. Handelt es sich aber um Beamte, deren Zivileinkommen 3600 Mark nicht übersteigt, und die nicht Offiziere waren, sondern z. B. nur Offizier-Stellvertreter, dann konnte vom militärischen Einkommen auf das Zivileinkommen überhaupt nichts angerechnet werden. In diesen Fällen wurden die beiden Gehälter nebeneinander bezahlt. Seit dem 1. Dezember 1915 ist darin insofern eine Änderung eingetreten, als jetzt den Beamten, die nicht Offiziere sind, teilweise ganz erhebliche Abzüge gemacht werden. Man ging dabei so weit, daß erhebliche Härten mit unterlaufen sind, aber man machte Halt vor den Offizieren, die sozialdemokratische Fraktion hat im Haushaltsausschuß eine Reform beantragt, drang aber nicht durch. Im Reichstag wird diese Frage erneut angeht werden.

Berechtigtes Mißtrauen.

Die Vorratserhebungen vom 16. November 1915 haben ein Resultat ergeben, das der Wirklichkeit unter keinen Umständen entsprechen kann. Bei der Beratung über die Er-

Im Hirtenhaus.

Eine oberfränkisch: Dorfgeschichte von Heinrich Schaumburger.

22. Fortsetzung.

28.

Schlus.

Fünf Jahre sind verfloßen.

In einem sonnigen Sonntag nachmittag im Juli fährt ein Mann auf wenig betretenem, mit den braunen, vorjährigen Nadeln dicht besetzten Waldspfad langsam unter den schlan-ten Bäumen dahin, deren Zweige sich erst hoch oben ausbreiten, meinanderflüchten und ein dichtes Gewölbe bilden, in dessen grüner Dämmerung es sich gar angenehm wanderte. Kein Lüf-chen kühlte die Hitze, tiefes, erhabenes Schweigen lag auf dem regungslosen Wald; nur dann und wann ickelte das Klippen des Spechtes weithin durch den Forst, manchmal erhob sich auch mit schwerem Flügelschlag ein Rabe und zog krächzend tiefer hinein in den Wald. Eben hatte der einsame Wanderer die Höhe des sanft ansteigenden Hügels erreicht, der Hochwald verschwand, weil nur die Berg ins Rottental hinab, und der kniehohe, kräftig aufsprießende Fichtenstamm, der den Hang bedeckte, gestattete eine weite Umschau.

Vom jenseitigen Berghang zogen sich die schimmernden Schie-nenstränge der Eisenbahn im sanft geschwungenen Bogen über das Tal, das eine Brücke mit hübnem Bogen übersprang, und ver-schwanden zu den Füßen des Bergheimer Schulzen in einer felsigen Gelschlucht. Dicht vor dem Eingang der Schlucht leuchtete aus den Zweigen gewaltiger Eichen und Buchen, die es halb ver-deckten, das schmale Kottensteiner Bahnhofsgebäude hervor; davor, zwischen Haus und Schienen, fesselte ein wunderbarer Blumen-garten die Blicke des Sehers. Aber nicht die Farbenpracht der Rosenbäume, nicht die dunkel glänzenden Blütenstränge hochämmi-ger Korbweiden, nicht die Girlanden der Kletterrosen, die sich wie Stummel von einem Baum zum andern zogen, lockten das schmale Auge auf das Gesicht des Bergjörg. Draußen auf der Brücke stand ein schlankes Mädchen und winkte mit ihrem weißen Tuche; als Antwort schwenkte der Schulz seine Mütze und eilte den Berg hinab.

Kaum ist das Schreinersmädchen wiederzuerkennen, so herz-

lich ist sie aufgeblüht; selbst den Schulzen kam eine Rührung an, als ihm die Jungfrau am Ausgang des Waldes die Hand reichte. „Pos Kudent! Bist du ein Madle worden.“ sagte er. „Und so vornehm! — Darf man denn noch du sagen?“

„Ach geht, Schulz, Ihr seid ein Spötter! — Gest, das ist nicht Euer Ernst? — Kommt, die Mutter und das Fräule erwarten Euch, die Hochzeit kann auch nicht lange mehr ausbleiben.“

„So laß dich nur erst recht ansehen, du Hitzmadle. — Seit wann bist du wieder aus der Stadt heim?“

„Seit vierzehn Tagen!“

„Du darfst, du bleibst gleich drinnen! — Aber was sag ich, 's ist ja eben so! — Na, Mariele, ich wünsch dir von Herzen Glück, du bist's wert! — Aber wo ist dein Wilhelm? — Und wann ist Hochzeit? Hättest's heute in einem Weg machen solln.“

„Ach, wo denkt Ihr hin? Wir sind noch viel zu jung! Mein Wilhelm ist da, heut noch reist er aber ab, er soll noch ein paar Jahre sich draußen versuchen, ich Welt sehen und noch lernen. Ich bleibe so langz bei seinen Eltern und kommt er brav zurück — dann — dann ist Hochzeit!“

„Und hast du das Herz, deinen Schatz von dir zu lassen, Mariele? Jungen Herren, besonders wenn sie so reich und vor-nehm sind, ist nicht gar viel zu trauen!“

„Geht wird mir's auch nicht.“ sagte das Mädchen, und ihre Augen füllten sich mit Tränen, „aber nicht deswegen. Kann er mich vergessen, wird er mir antun, dann habe ich nichts er ihm verloren, dann ist's besser, ich trag das Leid allein für mich, als wenn wir zusammen ein elendes Leben führen müßten.“

„Ich sag's ja.“ entgegnete der Schulz, „du bist der andere Schreinerssohn!“

waren die Wildjunge zu bewegen, dem Schulzen die Hand zu geben, da nahm Tine, das ältere Mädchen, das Fräule unter den Arm, die kleine Schwarz; zog Margelies am Rock, Emil hängte sich an den Bergjörg, und alle drängten und baten so eindringlich, wer konnte ihnen widerstehen? — Lachend zog der Schwarm dem Hochzeitszug entgegen.

Durch die Nebenpforte, die die Südjener mit ihrem dichten Grün fast verdeckten, fielen einzelne Sonnenstrahlen ins geräumige Zimmer, leuchteten wie Goldfunken vom dunkel lackierten Fuß-boden und blühten auf dem funkelnden Geßirt der blütenweiß gedachten Tafel. Die Einrichtung des Zimmers war einfach, aber das Sofa, das Pianoforte, der wohl gefüllte Bücherstapel, die Stuhlhaut auf der polierten Kommode waren nicht nur Zeugen eines behaglichen Wohlstandes des Bewohners, sie befanden sich auch im Verein mit den weißen Vorhängen und den wohlgepflegten Blumen im Fenster seinen Sinn für das Angenehme und Schöne. Daß aber der Bahameister auch keine Vergangenheit nicht ver-gessen hat, verkündet eben der Kudentruf aus seinem Arbeits-zimmer, und werfen wir einen Blick hinein, so sehen wir wirklich die alte Kudentruff über dem großen, viel benützten Schreintisch; daneben aber hat auch die alte, ungeschickte Werkbank mit sämtlichem Werkzeug Platz gefunden, und ist so das Zimmer so recht ein Bild alter und neuer Zeit!

Unterdessen ist es lebendig geworden im Haus, der erwartete Hochzeitszug ist eingetroffen, und die Gäste haben auch schon Platz genommen. Der Ehrenplatz gebührt natürlich dem Brautpaar, und dort finden wir in der kleidamen Uniform der Bahnmänner den Kaiserchristian und neben ihm das glückselig lächelnde Mariele. Beide lächeln manchmal fast ein wenig stolz um sich, und sie haben ein Recht dazu; Mariele lächelt der jugendliche Ehrenkranz, und auch Christian trägt am linken Arm ein kleines Ehrenkreuz. Neben ihnen gibt ein anderes Brautpaar, viel schöner noch und nicht minder glücklich; Mariele und ihr Wilhelm. Beide essen wenig, sie drücken sich nur immer die Hand und blicken sich in die Augen — die Schrädeln sind ja immer noch. Neben dem hässlichen Bräutigam — er ist trotz seiner Jugend schon Ober-ingenteur bei der Bahn, sitzt die Hirtenlang, eifrig besetzt, ihn zu trösten und zu erheitern.

(Schluß folgt.)

